

Hamm, Juli 2020

Stellungnahme gegen rechtes Gedankengut und Hetze

Der Druck von rechts ist allgegenwärtig und macht auch im ländlichen Raum keinen Halt. Bereits in der Geschichte wurde die bäuerliche und ökologische Landwirtschaft immer wieder von rechtsextremen Strukturen instrumentalisiert. Und auch heute beanspruchen rechte Gruppierungen die Förderung bäuerlicher und ökologischer Landwirtschaft und den Erhalt kleinerer und mittlerer Betriebe für sich. Sie setzen sich ebenfalls für eine gentechnikfreie Landwirtschaft, rückstandlose und ökologische Nahrungsmittelproduktion, gegen Bodenspekulationen, gegen Freihandelsabkommen u.v.m. ein.

Diese vermeintlichen Überschneidungen entbehren jedoch aus folgenden Gründen jeglicher Gemeinsamkeit mit unseren Überzeugungen und sind somit auch keine Grundlage für eine Zusammenarbeit:

Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) arbeitet satzungsgemäß nach demokratischen Prinzipien und vertritt diese voller Überzeugung nach innen und außen. Dies beinhaltet die Achtung der Menschenwürde, der Demokratie, der bürgerlichen Freiheitsrechte und die Anerkennung des Gleichheitsgrundsatzes: alle Menschen sind frei und haben die gleichen Rechte, unabhängig ihrer Hautfarbe, ihres Geschlechts, ihrer sexuellen Orientierung, ihrer Religion, ihrer Herkunft oder sonstiger Merkmale und Neigungen.

Als Demokrat*innen haben wir nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, diese Werte zu verteidigen und zu schützen.

Wir positionieren uns klar und deutlich gegen Strömungen und Kräfte, die rassistische, antisemitische, extremistische und diskriminierende Ideologien vertreten und auf Spaltung, Gewalt und Ausgrenzung setzen. Wir treten deshalb jeglichen menschenverachtenden Äußerungen, Verhaltensweisen und Organisationen entschieden entgegen. Rassistische und rechtsextreme Gewalttaten sind für uns nicht hinnehmbar. Auch ein „stilles Hinnehmen / Weggucken“ solcher Ideologien ist eine Bedrohung der Demokratie. Insbesondere verurteilen wir jeden Versuch, das Prinzip der bäuerlichen Landwirtschaft für rechtsextreme Ideologien zu nutzen.

Wir vertreten das Recht der freien Meinungsäußerung, ziehen jedoch dort eine klare Grenze, wo es als Instrument zur Unterdrückung anderer missbraucht wird.

Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) setzt sich für den Erhalt vieler bäuerlicher Betriebe und für gerechte und humane Arbeitsbedingungen aller Menschen, sowie eine artgerechte Tierhaltung, eine Ressourcen- und klimaschonende Wirtschaftsweise, freien Zugang zu Land und Saatgut, für gentechnikfreie Landwirtschaft und die Förderung von Vielfalt und Biodiversität ein. Wir fördern und fordern eine praxisorientierte Bildung, fairen Handel, faire Preise und Ernährungssouveränität und solidarisieren uns mit Kleinbäuer*innen weltweit.

In diesem Sinne setzt sich die AbL und damit ihre Mitglieder auch für Meinungsfreiheit und interkulturelle Freundschaft ein. Die AbL ist international vernetzt und in der Bewegung Via Campesina organisiert. Das Engagement der AbL stützt sich auf die Solidarität mit allen Menschen, Bäuer*innen weltweit. Um weitreichende langfristige faire und umweltverträgliche Lösungen zu realisieren, kann nicht nur innerhalb von Ländergrenzen gedacht werden. Ziel ist es, Ansätze umzusetzen, die ein gutes Leben, Auskommen und faire Bedingungen für alle gestalten und nicht auf Ausbeutung basieren.

Bundesvorstand der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), Juli 2020